D1 Integration fördern – Familiennachzug jetzt!

Antragsteller*in: Timo Pfarr
Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Bündnis 90/ Die Grünen MV appellieren an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und an die handelnden Akteursgruppen im deutschen Bundestag ihre Haltung zum Familiennachzug zu überdenken und im Sinne der Humanität zu handeln.

Im Bezug auf die Abstimmung im Deutschen Bundestag am 1. Februar 2018 über die zukünftige Regelung des Familiennachzuges haben sich viele Menschen an einer Kinderbild-Aktion auf den sozialen Netzwerken beteiligt. Dort haben sie sich für eine humane und integrationsfördernde Politik in Form des Familiennachzuges eingesetzt. Leider hat sich eine Mehrheit der Abgeordneten für die weitere Aussetzung bis zum 31. Juli und eine zukünftige Beschränkung auf 1.000 Menschen pro Monat entschieden – besonders bitter ist dabei die Zustimmung im vorauseilenden Koalitionsgehorsam der SPD. Dieses Ergebnis ist unserer Meinung nach für ein wirtschaftlich starkes und bevölkerungsreiches Land wie Deutschland zu wenig - und nur ein Feigenblatt.

Durch die Beschränkung des Familiennachzuges versucht die Große Koalition sich auf Kosten der hier lebenden Geflüchteten und ihren Familien der Wählerschicht rechtsaußen anzubiedern. Das hat mit verantwortungsvoller Politik nichts zu tun. Vor allem von der SPD haben wir uns eine deutlich stärkere Stimme für eine humane Politik erhofft.

Bleibt es bei den neu verhandelten Beschränkungen des Familiennachzuges, werden die Herausforderungen für eine gelingende Integration erschwert. Denn nur wer zusammen mit seinen Familienangehörigen in Sicherheit leben kann, wird seine volle Kraft und Aufmerksamkeit auf die Integration legen können. Wenn die kommende Bundesregierung dem rechten Populismus nachgibt und die Integration erschwert, kann das am Ende zu Parallelgesellschaften führen. Dies gilt es unbedingt zu verhindern.

PRO Asyl rechnet mit 50.000 bis 60.000 Menschen, die bei einem unbeschränkten Familiennachzug nach Deutschland kommen würden. Unsere Zivilgesellschaft hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie größere Probleme auch in der Flüchtlingspolitik gemeinsam bewältigen kann.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern bleiben eine verlässliche Stimme für Humanität. Aus diesem Grund treten wir auch weiterhin ausdrücklich für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Für uns gibt es ebenso wie beim Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze des Familiennachzuges. Wir werden uns auch in Zukunft unsere politischen Inhalte nicht von rechten Populisten diktieren lassen.

Wir fordern daher die Landesregierung dazu auf, sich gegen die Begrenzungen des Familiennachzuges für subsidiär geschützte Geflüchtete stark zu machen. Auch soll sie darauf hinwirken, dass die Aussetzung des Familiennachzuges bis zum 31. Juli schnellstmöglich aufgehoben wird.

Begründung

erfolgt später bei der Antragseinbringung, insofern die Dringlichkeit von der Landesdelegiertenkonferenz anerkannt wurde.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Abstimmung im Bundestag zur Aussetzung des Familiennachzuges bis zum 31. Juli fand erst nach dem Ende der regulären Antragsfrist statt.

Unterstützer*innen

Alexander Krüger (KV VG); Katharina Horn (KV VG); Christoph Oberst (KV VG); Ulrike Seemann-Katz (KV LuP)